



BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN

Abteilung III/17

(Verteiler)

GZ. 23 1009/6-III/17/02

Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telefax: +43 (0)1-512 92 06

Sachbearbeiterin:  
Dr. Schaffer  
Telefon:  
+43 (0)1-514 33/2345  
DVR: 0000078

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Bankwesengesetz, das Glücksspielgesetz und das Kapitalmarktgesetz geändert werden

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich, in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bankwesengesetz, das Glücksspielgesetz und das Kapitalmarktgesetz geändert werden, samt Vorblatt und Erläuterungen zu übermitteln.

Es wird um Erstattung einer allfälligen Äußerung bis 21. Juli 2002 ersucht. 25 Abzüge wären gleichzeitig dem Präsidium des Nationalrates zur Verfügung zu stellen. Im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom 12. November 1998, GZ 600.614/8-V/2/98, wäre nach Möglichkeit die allfällige Stellungnahme auch auf elektronischem Weg an das Parlament (Adresse: [begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at)) sowie an das Bundesministerium für Finanzen (Adresse: [e-recht@bmf.gv.at](mailto:e-recht@bmf.gv.at)) zu übermitteln.

4. Juni 2002

Für den Bundesminister:

Dr. Erlacher

Beilagen

## **Bundesgesetz, mit dem das Bankwesengesetz, das Glücksspielgesetz und das Kapitalmarktgesetz geändert werden**

Der Nationalrat hat beschlossen:

### **Artikel I**

#### **Bundesgesetz, mit dem das Bankwesengesetz geändert wird**

Das Bankwesengesetz BGBl. Nr. 532/1993 Art. I, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 45/2002, wird wie folgt geändert:

*1. Das Inhaltsverzeichnis zum X. Abschnitt lautet:*

#### **„X. Abschnitt: Sorgfaltspflicht, Geldwäscherei und Terrorismusbekämpfung**

§ 39. Sorgfaltspflicht

§ 40. und § 41. Geldwäscherei und Terrorismusbekämpfung“

*2. Dem § 1 Abs. 1 werden folgende Z 21 und 22 angefügt:*

- „ 21. der schaltermäßige Ankauf von ausländischen Zahlungsmitteln (zB Geldsorten, Schecks, Reisekreditbriefen und Anweisungen) und der schaltermäßige Verkauf von ausländischen Geldsorten sowie von Reiseschecks (Wechselstubengeschäft).
- 22. die Übermittlung von Geldbeträgen durch deren Transport vom Auftraggeber zum Empfänger oder durch Annahme des Bargeldbetrags vom Auftraggeber und bare Auszahlung an den Empfänger, ausgenommen im Interbankenverkehr (Finanztransfergeschäft).“

*3. § 1 Abs. 2 Z 2 entfällt.*

*4. § 1 Abs. 3 erster Satzteil lautet:*

„(3) Kreditinstitute sind auch zur Durchführung der in Abs. 1 Z 19, 21 und 22 und Abs. 2 genannten Tätigkeiten berechtigt,“

*5. Im § 3 Abs. 1 Z 9 wird der Punkt am Ende durch einen Strichpunkt ersetzt. Folgende Z 10 wird angefügt:*

- „ 10. den Betrieb des Wechselstubengeschäfts (§ 1 Abs. 1 Z 21) und des Finanztransfergeschäfts (§ 1 Abs. 1 Z 22) hinsichtlich § 5 Abs. 1 Z 5, 12 und 13, §§ 22 bis 23, § 24, soweit es sich um ein übergeordnetes Kreditinstitut handeln würde, §§ 25 bis 29, § 30, soweit es sich um ein übergeordnetes Kreditinstitut handeln würde, §§ 31 bis 34, §§ 36 und 37, §§ 42 bis 65, soweit nicht die Mitwirkung an der Erstellung des Konzernabschlusses des übergeordneten Kreditinstitutes erforderlich ist, §§ 66 bis 68, § 73 Abs. 1 Z 1, §§ 74 bis 76, § 78 und des XIX. Abschnitts.“

*6. Die Überschrift zum X. Abschnitt lautet:*

#### **„X. Sorgfaltspflicht, Geldwäscherei und Terrorismusbekämpfung“**

*7. § 39 Abs. 3 lautet:*

„(3) Die Kreditinstitute und Unternehmen, die Geschäfte gemäß § 1 Abs. 2 gewerbsmäßig betreiben, haben jede Transaktion besonders sorgfältig zu prüfen, deren Art ihres Erachtens besonders nahe legt, dass sie mit Geldwäscherei (§ 165 StGB – unter Einbeziehung von Vermögensbestandteilen, die aus einer strafbaren Handlung des Täters selbst herrühren) oder Terrorismusfinanzierung (§ 278d StGB) zusammenhängen könnte.“

*8. Die Überschrift zu § 40 lautet:*

#### **„Geldwäscherei und Terrorismusbekämpfung“**

*9. § 40 Abs. 1 Z 3 lautet:*

- „ 3. wenn der begründete Verdacht besteht, dass der Kunde einer terroristischen Vereinigung (§ 278b StGB) angehört oder dass der Kunde objektiv an Transaktionen mitwirkt, die der Geldwäscherei (§ 165 StGB – unter Einbeziehung von Vermögensbestandteilen, die aus einer strafbaren Handlung des Täters selbst herrühren) oder der Terrorismusfinanzierung (§ 278d StGB) dienen.“

*10. Dem § 40 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:*

„Die Identität eines Kunden ist durch persönliche Vorlage seines amtlichen Lichtbildausweises festzustellen. Als amtlicher Lichtbildausweis in diesem Sinn gelten von einer staatlichen Behörde ausgestellte Dokumente, die mit einem nicht austauschbaren erkennbaren Kopfbild der betreffenden Person versehen sind, und den Namen, das

Geburtsdatum und die Unterschrift der Person sowie die ausstellende Behörde enthalten. Bei juristischen Personen und bei nicht eigenberechtigten natürlichen Personen ist die Identität der vertretungsbefugten natürlichen Person durch Vorlage ihres amtlichen Lichtbildausweises festzustellen und die Vertretungsbefugnis anhand geeigneter Bescheinigungen zu überprüfen. Die Feststellung der Identität der juristischen Person hat anhand von beweiskräftigen Urkunden zu erfolgen, die gemäß dem am Sitz der juristischen Personen landesüblichen Rechtsstandard verfügbar sind. Von den vorstehenden Bestimmungen darf nur in den Fällen gemäß Abs. 2, 8 und 9 abgewichen werden.“

*11. Dem § 40 Abs. 2 wird Folgendes angefügt:*

„Die Identität des Treuhänders ist gemäß Abs. 1 festzustellen. Der Nachweis der Identität des Treugebers hat bei natürlichen Personen durch Vorlage der Kopie des amtlichen Lichtbildausweises des Treugebers zu erfolgen, bei juristischen Personen durch beweiskräftige Urkunden gemäß Abs. 1. Der Treuhänder hat weiters eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Kredit- oder Finanzinstitut abzugeben, dass er sich persönlich oder durch verlässliche Gewährspersonen von der Identität des Treugebers überzeugt hat. Sichere Gewährspersonen in diesem Sinn sind Gerichte und sonstige staatliche Behörden, Notare, Rechtsanwälte und Kreditinstitute, sofern sie nicht ihren amtlichen Wirkungsbereich, Sitz oder Wohnsitz in einem Nicht-Kooperationsstaat haben. Bei Anderkonten von befugten Parteienvertretern mit Sitz im Gemeinschaftsgebiet, die der Richtlinie 91/308/EWG in der Fassung der Richtlinie 2001/97/EG unterliegen, kann abweichend von Abs. 1 der Nachweis der Identität jedes einzelnen Treugebers gegenüber dem Kreditinstitut unter folgenden Voraussetzungen unterbleiben:

1. der Einzelnachweis ist aufgrund der Art des Treuhandgeschäftes untunlich, insbesondere im Rahmen der Vertretung von größeren Miteigentumsgemeinschaften von wechselnder Zusammensetzung;
2. der Treuhänder gibt gegenüber dem Kreditinstitut die schriftliche Erklärung ab, dass er die Identifizierung seiner Klienten entsprechend den Vorschriften der vorgenannten Richtlinien vorgenommen hat, dass er die entsprechenden Unterlagen aufbewahrt und diese auf Anforderung des Kreditinstitutes diesem vorlegen wird; dies gilt nicht für Klienten, bei denen die für sie durchgeführte jeweilige Einzeltransaktion oder deren Anteil an der sich aus Anderkonten gegenüber dem betreffenden Treuhänder ergebenden Forderung jeweils 15.000 € nicht erreicht;
3. der Treuhänder übermittelt dem Kreditinstitut binnen vier Wochen nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres jeweils vollständige Listen der jedem Anderkonto zugeordneten Klienten; dies gilt nicht für Klienten, bei denen die für sie durchgeführte jeweilige Einzeltransaktion oder deren Anteil an der sich aus Anderkonten gegenüber dem betreffenden Treuhänder ergebenden Forderung insgesamt 15.000€ nicht erreicht;
4. der Treugeber hat seinen Sitz oder Wohnsitz nicht in einem Nicht-Kooperationsstaat;
5. es besteht kein Geldwäschereverdacht gemäß Abs. 1 Z 3.“

*12. Dem § 40 werden folgende Abs. 8 bis 10 angefügt:*

„(8) Die Anknüpfung einer dauernden Geschäftsverbindung gemäß Abs. 1 Z 1 oder Transaktionen gemäß Abs. 1 Z 2 sind ohne persönliches Erscheinen des Kunden, seines Vertreters oder Treuhänders nur für Zwecke des elektronischen Geschäftsverkehrs und nur unter Einhaltung der folgenden Z 1 bis 4 zulässig (Ferngeschäfte):

1. Die rechtsgeschäftliche Erklärung des Kunden muss entweder elektronisch an Hand einer sicheren elektronischen Signatur gemäß § 2 Z 3 Signaturgesetz, BGBl. I Nr. 190/1999, erfolgen; ist dies nicht der Fall, so muss die rechtsgeschäftliche Erklärung des Kredit- oder Finanzinstitutes schriftlich mit eingeschriebener Postzustellung an diejenige Kundenadresse abgegeben werden, die als Wohnsitz oder Sitz des Kunden angegeben wird.
2. Dem Kredit- oder Finanzinstitut müssen Name, Geburtsdatum und Adresse, bei juristischen Personen die Firma und der Sitz bekannt sein; bei juristischen Personen muss der Sitz zugleich der Sitz der zentralen Verwaltung sein, worüber der Kunde eine schriftliche Erklärung abzugeben hat. Weiters muss eine Kopie des amtlichen Lichtbildausweises des Kunden oder seines gesetzlichen Vertreters oder bei juristischen Personen des vertretungsbefugten Organs dem Kredit- oder Finanzinstitut vor dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vorliegen, sofern nicht das Rechtsgeschäft elektronisch an Hand einer sicheren elektronischen Signatur abgeschlossen wird.
3. Der Kunde darf seinen Sitz oder Wohnsitz nicht in einem Nicht-Kooperationsstaat haben. Liegt der Sitz oder Wohnsitz außerhalb des EWR, so ist eine schriftliche Bestätigung eines anderen Kreditinstitutes, mit dem der Kunde eine dauernde Geschäftsverbindung hat, darüber erforderlich, dass der Kunde im Sinne der Richtlinie 91/308/EWG in der Fassung der Richtlinie 2001/97/EG identifiziert wurde, und dass die dauernde Geschäftsverbindung aufrecht ist. Hat das bestätigende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Drittland, so muss dieses Drittland den Anforderungen der vorgenannten Richtlinie gleichwertige Anforderungen stellen.
4. Es darf kein Geldwäschereverdacht gemäß Abs. 1 Z 3 bestehen.“

(9) Ist der Kunde ein Kredit- oder Finanzinstitut, das den Vorschriften der Richtlinie 91/308/EWG in der Fassung der Richtlinie 2001/97/EG unterliegt, oder welches in einem Drittland ansässig ist, das den

Anforderungen dieser Richtlinie gleichwertige Anforderungen stellt, so besteht keine Verpflichtung zur Feststellung der Identität gemäß Abs. 1 und 2.

(10) Die Kredit- und Finanzinstitute haben bei Überweisungen und sonstigen Übermittlungen von Geldbeträgen dafür zu sorgen, dass bei der Annahme des Auftrags der Name, die Adresse und gegebenenfalls die Kontonummer des Auftraggebers festgestellt wird, und dass diese Informationen bei der Ausführung an das nächste Empfängerinstitut weitergegeben werden, so dass die Informationen über den Auftraggeber auf jeder Stufe der Überweisungs- oder Übermittlungskette festgestellt werden können.“

13. Im § 41 Abs. 1 Z 2 wird am Ende das Wort „oder“ angefügt. Folgende Z 3 und 4 werden angefügt:

- „ 3. dass der Kunde einer terroristischen Vereinigung gemäß § 278b StGB angehört oder dass die Transaktion der Terrorismusfinanzierung gemäß § 278d StGB dient, oder
4. dass bei Überweisungsaufträgen oder sonstigen Geldübermittlungen im Gegenwert von mindestens 2000 Euro, die von einem anderen Kredit- oder Finanzinstitut weitergeleitet wurden, die Auftraggeberinformation gemäß § 40 Abs. 10 nicht oder nicht vollständig enthalten ist,“

14. Dem § 41 Abs. 1 wird am Ende folgender Satz angefügt:

„Handelt es sich jedoch um eine lediglich unvollständige Auftraggeberinformation gemäß Z 4 und liegt kein Geldwäsche- oder Terrorismus-Finanzierungsverdacht vor, so darf die Weiterleitung unter gleichzeitiger Verständigung der Behörde erfolgen.“

15. Im § 69 Z 3 wird am Ende das Wort „und“ durch einen Beistrich ersetzt.

16. Im § 69 Z 4 wird am Ende das Wort „und“ angefügt.

17. Im § 69 wird nach der Z 4 folgende Z 5 angefügt:

- „ 5. Repräsentanten von Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat oder einem Drittland nach Maßgabe des § 73.“

18. Dem § 70 wird folgender Abs. 8 angefügt:

„(8) Die FMA kann bei Repräsentanten von Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat oder einem Drittland die in Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Auskünfte und sonstigen Informationen einholen und Prüfungshandlungen durchführen, um die Einhaltung der §§ 1 Abs. 1 und 73, zu überwachen; Abs. 7 ist anzuwenden. Im Fall der Verletzung dieser Bestimmungen hat die FMA unbeschadet § 98 Abs. 1

1. bei Kreditinstituten gemäß § 9 die im § 15 genannten Maßnahmen zu ergreifen,
2. bei Kreditinstituten aus Drittländern die in § 70 Abs. 4 Z 1 und 2 genannten Maßnahmen zu ergreifen und die zuständige Behörde des Sitzstaates hierüber zu informieren.“

19. § 73 Abs. 2 lautet:

„(2) Repräsentanten haben der FMA anzuzeigen:

1. den geplanten Zeitpunkt der Eröffnung,
2. die tatsächlich erfolgte Eröffnung,
3. den oder die Leiter der Repräsentanz,
4. ihren Sitz,
5. Änderungen der in Z 1 bis 4 genannten Umstände und
6. ihre Schließung.

Repräsentanten von Kreditinstituten aus Drittländern haben darüber hinaus der FMA vor ihrer Eröffnung eine Mitteilung der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates zu übermitteln, dass diese keine Bedenken gegen die Errichtung oder den Betrieb der Repräsentanz hat. Weiters haben Repräsentanten von Kreditinstituten aus Drittländern der FMA vor ihrer Eröffnung mitzuteilen, welche Bankgeschäfte das Kreditinstitut in seinem Sitzstaat betreibt, wer eine qualifizierte Beteiligung am Kreditinstitut hält und welche Aktivitäten im Inland geplant sind. Die FMA hat, unbeschadet § 98 Abs. 1 und § 99 Z 11, den Betrieb der Repräsentanz zu untersagen, wenn die Unbedenklichkeitserklärung der Herkunftsstaatsbehörde nicht vorliegt oder nachträglich eine gegenteilige Erklärung erfolgt, oder wenn der begründete Verdacht besteht, dass entgegen § 1 Abs. 1 konzessionspflichtige Tätigkeiten ausgeübt werden, oder wenn begründete Bedenken bestehen, dass von den Eigentümern eine Gefahr gemäß § 20 Abs. 6 ausgeht oder dass das Kreditinstitut objektiv an Transaktionen mitwirkt, die der Geldwäscherei oder der Terrorismus-Finanzierung dienen. Untersagt die FMA den Betrieb der Repräsentanz, so ist spätestens gleichzeitig die zuständige Behörde des Herkunftsstaates zu verständigen.“

20. § 103 Z 1 lautet:

- „1. (zu § 1 Abs. 1 Z 21)

Berechtigungen zum Betrieb des Wechselstubengeschäftes, die zum Zeitpunkt des In Kraft Tretrons von § 1 Abs. 1 Z 21 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2002 auf Grund der GewO bestanden haben, erlöschen mit Ablauf des 30. Juni 2003.“

21. § 103 Z 2 bis 4 entfallen.

22. Dem § 107 wird folgender Abs. 32 angefügt:

„(32) Das Inhaltsverzeichnis hinsichtlich der folgenden Bestimmungen, § 1 Abs. 1 Z 21 und 22, der Entfall von § 1 Abs. 2 Z 2, § 1 Abs. 3, § 3 Abs. 1 Z 9 und 10, die Überschrift zum X. Abschnitt, § 39 Abs. 3, die Überschrift zu § 40, § 40 Abs. 1, 2 und 8 bis 10, § 41 Abs. 1, § 69 Z 3 bis 5, § 70 Abs. 8, § 73 Abs. 2, § 103 Z 1 und der Entfall von § 103 Z 2 bis 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2002 treten mit ..... in Kraft.“

## Artikel II

### Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz geändert wird

Das Glücksspielgesetz BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 59/2001, wird wie folgt geändert:

1. § 25 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Besuch der Spielbank ist nur volljährigen Personen gestattet, die ihre Identität durch Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises nachgewiesen haben. Als amtlicher Lichtbildausweis in diesem Sinn gelten von einer staatlichen Behörde ausgestellte Dokumente, die mit einem nicht austauschbaren erkennbaren Kopfbild der betreffenden Person versehen sind, und den Namen, das Geburtsdatum und die Unterschrift der Person sowie die ausstellende Behörde enthalten. Der Konzessionär hat die Identität des Besuchers und die Daten des amtlichen Lichtbildausweises, mit dem diese Identität nachgewiesen wurde, festzuhalten und diese Aufzeichnungen mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Personen in Uniform haben in Ausübung ihres Dienstes oder mit Zustimmung der Spielbankleitung Zutritt.“

2. Dem § 25 werden folgende Abs. 6 und 7 angefügt:

„(6) Ergibt sich der begründete Verdacht,

1. dass eine Transaktion des Besuchers in der Spielbank der Geldwäscherei dient, oder

2. dass der Kunde einer terroristischen Vereinigung gemäß § 278b StGB angehört oder dass eine Transaktion des Besuchers in der Spielbank der Terrorismusfinanzierung gemäß § 278d StGB dient,

so hat der Konzessionär unverzüglich die Behörde (§ 6 SPG) in Kenntnis zu setzen. In diesen Fällen dürfen laufende Transaktionen bis zur Entscheidung der Behörde nicht abgewickelt werden. § 41 Abs. 1 letzter Satz und Abs. 3 bis 4 Bankwesengesetz – BWG, BGBl. 532/1993 in der jeweils geltenden Fassung, sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass die dort für Kredit- und Finanzinstitute genannten Verpflichtungen auf den den Konzessionär anzuwenden sind.“

(7) Ergibt sich der begründete Verdacht, dass der Besucher nicht auf eigene Rechnung handelt, so hat der Konzessionär den Besucher aufzufordern, die Identität des Treugebers nachzuweisen. Kommt der Besucher dieser Aufforderung nicht nach, so ist er vom Besuch der Spielbank auszuschließen und die Behörde (§ 6 SPG) in Kenntnis zu setzen.“

3. Nach § 25 wird folgender § 25a eingefügt:

„§ 25a. Der Konzessionär hat geeignete interne Kontroll- und Mitteilungsverfahren zur Vorbeugung und Verhinderung von Transaktionen, die mit der Geldwäsche zusammenhängen, einzuführen. Weiters hat der Konzessionär für die Schulung seines Personals im Sinne des § 40 Abs. 4 Z 2 BWG Sorge zu tragen.“

4. Dem § 59 wird folgender Abs. 15 angefügt:

„(15) § 25 Abs. 1, 6 und 7 und § 25a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2002 treten mit ... in Kraft.“

## Artikel III

### Bundesgesetz, mit dem das Kapitalmarktgesetz geändert wird

Das Kapitalmarktgesetz BGBl. Nr. ...., zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. ...., wird wie folgt geändert:

1. In § 12 Abs. 3 Z 2 wird nach der Wortgruppe „Bundesministerium für Finanzen“ die Wortfolge „, die FMA und“ eingefügt.

2. In § 12 Abs. 3 Z 3 wird die Wortgruppe „dem Bundesminister für Finanzen“ durch die Wortgruppe „der FMA“ ersetzt.

3. Der mit „(8)“ bezeichnete letzte Absatz des § 19 erhält die Bezeichnung „(9)“. Folgender Abs. 10 wird angefügt:

„(10) § 12 Abs. 3 Z 2 und 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2002 tritt mit ..... in Kraft.“

## Vorblatt

### **Probleme:**

Nach dem 11. September 2001 ergeben sich für die internationale Staatengemeinschaft neue Anforderungen in der Bekämpfung illegaler Finanzströme im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

### **Ziele:**

Verhinderung des Missbrauchs des Bank- und Finanzwesens für kriminelle Zwecke, Aufspürung von Finanzquellen und -Strömen, die der Finanzierung terroristischer Aktivitäten oder der Geldwäsche dienen.

### **Inhalt:**

Erweiterung der Sorgfalts- und Meldepflichten des BWG hinsichtlich des Anwenderkreises und der strafbaren Tatbestände sowie präzisere Identifizierungsvorschriften über die geltenden Anti-Geldwäschevorschriften hinaus. Diese Maßnahmen erfolgen im internationalen Gleichklang.

### **Alternativen:**

Eine Belassung der derzeitigen Rechtslage wäre eine Verletzung verbindlichen EU-Rechts, soweit die Änderung der EU-Geldwäsche-Richtlinie betroffen ist, sowie hinsichtlich der FATF-Sonderempfehlungen eine Verletzung von de facto verbindlichen internationalen Rechtsgrundsätzen.

### **Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:**

Die Gesetzesänderungen haben keine unmittelbare Beschäftigungsrelevanz. Die Unterlassung der Rechtsänderungen würde zu einer isolierten Stellung in der internationalen Staatengemeinschaft führen und wäre mit Sicherheit nachteilig für den österreichischen Wirtschaftsstandort.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt von Gebietskörperschaften sind durch die Rechtsänderung nicht unmittelbar gegeben. Zu den Folgen einer allfälligen Unterlassung der Rechtsanpassung ist auf die Nachteile für den Wirtschaftsstandort Österreich zu verweisen.

### **Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:**

Ein Großteil der Bestimmungen stellt die Umsetzung von zwingendem Gemeinschaftsrecht (Richtlinie 97/2001/EG) dar. Die mit dem Entwurf umzusetzenden Sonderempfehlungen der FATF sind zwar kein formell verbindliches Völker- oder Gemeinschaftsrecht, jedoch hat sich Österreich so wie alle übrigen EU-Mitgliedstaaten als FATF-Mitglied zur Umsetzung der Sonderempfehlungen gegen Terrorismusfinanzierung verpflichtet.

## **Erläuterungen**

### **Allgemeiner Teil**

#### **Hauptgesichtspunkte des Entwurfes:**

Nach dem 11. September 2001 hat die internationale Staatengemeinschaft den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung deutlich verstärkt. Mit der EU-Richtlinie 2001/97/EG wird die Geldwäsche-Richtlinie 91/308/EWG geändert. Vor allem wird der Anwendungsbereich in den Bereich der Gewerbeordnung sowie freier Berufe erweitert – diese Regelungen erfolgen mit gesonderten Gesetzesvorlagen in den entsprechenden Materiegesetzen -, es sind jedoch auch punktuelle Änderungen im Bereich Kredit- und Finanzinstitute sowie Spielbanken erforderlich.

Weiters sind drei der acht FATF-Sonderempfehlungen vom Oktober 2001 im Bereich Kredit- und Finanzinstitute umzusetzen, diese Umsetzung sollte bis 30. Juni 2002 erfolgen.

Im Zusammenhang mit Terrorismus-Finanzierung werden die mit dem Entwurf des Strafrechtsänderungsgesetzes 2002 in Aussicht genommenen Straftatbestände im vorliegenden Entwurf berücksichtigt.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Es bestehen keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt von Gebietskörperschaften.

#### **Kompetenzgrundlage:**

Der Gesetzesentwurf stützt sich auf Art. 10 Abs. 1 Z 5 B-VG.

### **Besonderer Teil**

#### **Zu Art. I, Bankwesengesetz**

##### **Zu § 1 Abs. 1 Z 21:**

Das Wechselstubengeschäft wird, wie dies schon bis 1994 der Fall war, wieder als konzessionspflichtiges Bankgeschäft normiert. Dies ermöglicht eine Beaufsichtigung der Wechselstuben durch die FMA, jedoch ist eine Voll-anwendung des BWG auf Wechselstuben nicht erforderlich, siehe zu § 3.

##### **Zu § 1 Abs. 1 Z 22:**

Die Bestimmung setzt die FATF-Sonderempfehlung Nr. VI um, wobei die europäischen Wirtschafts- und Finanzminister sich im ECOFIN-Rat vom 7. Mai 2002 dafür ausgesprochen haben, dass in allen Mitgliedstaaten eine Konzessionspflicht (nicht bloß Registrierungspflicht) für Geldtransfersgeschäfte gelten soll; auch entsprechendes verbindliches Gemeinschaftsrecht ist zu erwarten. Nicht sinnvoll ist jedoch die Anwendung der Konzessionspflicht auf den Geldtransfer im Interbankenverkehr, worunter insbesondere auch die Bargeldveteilung der Oesterreichischen Nationalbank fällt. Physische Bargeldtransporte im Auftrag eines Kreditinstituts (einschließlich OeNB) an ein anderes Kreditinstitut sind daher nicht konzessionspflichtig.

##### **Zu § 1 Abs. 3:**

Die Ergänzung stellt klar, dass Kreditinstitute für das Wechselstubengeschäft (bisher vom Verweis auf Abs. 2 erfasst) und das neue Geldtransfersgeschäft keine gesonderte Konzession benötigen.

##### **Zu § 3 Abs. 1 Z 10:**

Einige Konzessionsvoraussetzungen und Ordnungsnormen sind für den Betrieb des Wechselstubengeschäftes und des Geldtransfersgeschäftes nicht erforderlich, bzw. sinnvoll, weshalb an dieser Stelle die entsprechenden Ausnahmen verfügt werden. Dies betrifft insbesondere Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften, sowie bankspezifische Vorschriften der Rechnungslegung und des periodischen Meldewesens sowie das Erfordernis zweier hauptberuflicher Geschäftsleiter.

##### **Zu § 39 Abs. 3:**

Die besondere Sorgfaltspflicht wird den Änderungen des Strafgesetzbuchs betreffend Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung angepasst.

##### **Zu § 40 Abs. 1 Z 3:**

Die betragsunabhängige Identifizierungspflicht wird um Verdachtsfälle auf Terrorismus-Finanzierung erweitert. Dies stellt eine zur Umsetzung der FATF-Sonderempfehlung IV (Meldung von Verdachtsfällen) notwendige Voraussetzung dar. Siehe weiters § 41 Abs. 1.



**Zu § 40 Abs. 1:**

Die Änderung stellt klar, dass die Identifizierung eigenberechtigter natürlicher Personen ausschließlich anhand eines amtlichen Lichtbildausweises erfolgen darf. Weiters werden zwecks sicherer Identitätsfeststellung und Klarheit für die Anwender die erforderlichen Kriterien des Ausweisdokuments festgelegt. Jedenfalls zur Identifizierung geeignet sind Reisepass, Personalausweis oder Führerschein, jedoch kommen auch andere Lichtbildausweise in Frage, sofern die erforderlichen Kriterien erfüllt werden. "Nicht austauschbares Kopfbild" heißt, dass Ausweise, bei denen das Lichtbild selbst anzubringen ist, nicht zur Identifizierung geeignet sind (zB Fahrausweise f. öff. Verkehrsmittel, Schipass, Schülerausweis, ...bei diesen fehlt auch das Kriterium der behördlichen Ausstellung). Die Regelung entspricht Art. 3 Abs. 1 Geldwäsche-RL idF der RL 97/2001/EG, welcher für die Feststellung der Identität ein „beweiskräftiges Dokument“ verlangt; es ist klar, dass andere Urkunden als amtliche Lichtbildausweise für diesen Zweck ausscheiden, da einerseits bei Urkunden ohne Lichtbild eben die Feststellung der Identität nicht möglich ist und andererseits nur ein behördliches Dokument per se als beweiskräftig angesehen werden kann.

Bei Rechtsgeschäften von nicht eigenberechtigten natürlichen Personen (Minderjährige, Pflegebefohlene) und juristischen Personen ist zur Identifizierung wie folgt vorzugehen:

Die vertretungsbefugte natürliche Person (gesetzlicher Vertreter, Organ, Prokurist,...) hat sich mit ihrem amtlichen Lichtbildausweis zu identifizieren. Die Identität desjenigen, in dessen Namen die Transaktion erfolgt, sowie das Vorliegen der Vertretungsbefugnis, ist anhand „geeigneter Bescheinigungen“ zu überprüfen, das heißt, es wird im Interesse der Praxisgerechtigkeit auf Formstrenge verzichtet, wobei jedoch stets die Sorgfaltspflicht zu beachten ist. So wird etwa zu berücksichtigen sein, dass Kinder häufig noch keinen Lichtbildausweis haben. Daher kann jeweils ein altersadäquat-übliches Dokument zur Identifizierung herangezogen werden; bei Kleinkindern wird in der Regel die Geburtsurkunde oder die Eintragung im Reisepass des gesetzlichen Vertreters ausreichen, um Identität des Vertretenen und den Vertretungszusammenhang zu bescheinigen. Festzuhalten ist jedenfalls, dass diese Bestimmungen ausschließlich der ordnungsmäßigen Identitätsfeststellung dienen und keinen zivilrechtlichen Regelungsgehalt aufweisen (beispielsweise in Fragen des Sorgerechts; ein entsprechender Gerichtsbeschluss muss daher von einem als „Vater“ erscheinenden Vertreter, welcher die Geburtsurkunde des Kindes vorweisen kann, nicht automatisch verlangt werden, ein solcher Beschluss wäre aber jedenfalls eine geeignete Urkundsbescheinigung). Zur Identifizierung von Kindern, deren gesetzlicher Vertreter sich mit amtlichem Lichtbildausweis identifiziert, können, jeweils wieder alteradäquat, als Bescheinigung auch „Pseudo-Ausweise“ herangezogen werden, die zur alleinigen Identifizierung nicht ausreichend wären, wie zB Schülerausweise. Da durch die Identifizierungsvorschriften kein Eingriff ins Zivilrecht erfolgt, ist jedoch stets auch auf die altersadäquate Rechtsgeschäftsfähigkeit Minderjähriger Bedacht zu nehmen. In diesem Sinn kann ein mündiger Minderjähriger mit eigenem Einkommen, der ja selbst Bankgeschäfte tätigen kann, sich auch selbst (d.h. ohne gesetzlichen Vertreter) identifizieren. In diesem Fall muss er aber seinen amtlichen Lichtbildausweis vorlegen.

Auch bei juristischen Personen gilt, dass die vertretungsbefugte natürliche Person anhand ihres amtlichen Lichtbildausweises zu identifizieren ist. Keine Formstrenge, jedoch Sorgfaltspflicht, gilt bei der Feststellung der Identität der juristischen Person sowie des Vertretungszusammenhangs. Zur Identitätsfeststellung der juristischen Person jedenfalls zu bescheinigen ist Firma und Sitz. Primär wäre ein Firmenbuchauszug oder Auszug aus einem vergleichbarem Register heranzuziehen, sofern solche im Sitzstaat nicht existieren, können ersatzweise auch andere Nachweise herangezogen werden, wobei auf landesübliche Standards in zumutbarer Weise zu achten sein wird (zB allfällige staatliche Konzessionen, Bestätigung einer Handelskammer-Mitgliedschaft, Bankauskunft, Hauptversammlungsprotokoll). Die Vertretungsbefugnis ist ebenfalls primär durch Firmenbuch-, bzw. entsprechenden Registerauszug zu bescheinigen, sofern kein solches Register im Sitzstaat geführt wird, werden Vollmachten (Prokura) oder Organbestellungsurkunden vorzulegen sein.

In allen Fällen des Umgangs mit Bescheinigungen gilt, dass die Kredit- und Finanzinstitute keine detektivischen Nachforschungen betreiben müssen, jedoch ist eine auch von Art und Umfang des Geschäftes sowie dem Sitz des Kunden bestimmte Sorgfaltspflicht anzuwenden, die von entsprechend geschultem Personal erwartet werden kann. Hervorzuheben ist weiters, dass nach Art. 3 Abs. 1 Geldwäsche-RL (neue Fassung) im Zusammenhang mit Identitätsfeststellungen jedenfalls „Dokumente“ erforderlich sind, das bedeutet, dass bloße mündliche Erklärungen, zB über das Vorliegen einer Vollmacht nicht ausreichend sind.

**Zu § 40 Abs. 2:**

Nach Art. 3 Abs. 7 Geldwäsche-RL (neue Fassung) müssen die Institute bei Geschäften auf fremde Rechnung die Identität des Treugebers mit angemessenen Maßnahmen feststellen. Die vorliegende Ergänzung und Präzisierung der BWG-Treuhänderregelungen stellt im Interesse der Rechtssicherheit und einheitlichen Anwendung einerseits klare Regelungen auf, worin solche „angemessenen Maßnahmen“ zu bestehen haben; andererseits werden praxisgerechte Regelungen für Routinegeschäfte im Rahmen von Anderkonten getroffen (neue Z 1 bis 5), die erforderliche Identifikation der Kunden und die entsprechende Dokumentation ist bei vertretbarem Verwaltungsaufwand dennoch gewährleistet.

Wie sich aus § 40 Abs. 3 (per se unverändert) ergibt, sind alle die Daten aller Unterlagen, die einer Identitätsfeststellung nach Abs. 1 und 2 dienen, somit insbesondere auch die Daten amtlicher Lichtbildausweise, entsprechend festzuhalten und aufzubewahren. [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

**Zu § 40 Abs. 8:**

Die Regelung setzt Art. 3 Abs. 11 Geldwäsche-RL (neue Fassung) um, wonach spezifische Maßnahmen gegen das erhöhte Geldwäscherisiko bei Ferngeschäften zu ergreifen sind. Zugleich wird im Interesse des elektronischen Geschäftsverkehrs erstmals eine klare Rechtsgrundlage für elektronische Ferngeschäfte im BWG geschaffen, deren Zulässigkeit nach der bisherigen Rechtslage umstritten war. Zu regeln ist der Sachverhalt, dass ein Kunde, der nicht persönlich beim Kreditinstitut erscheint, dennoch auf sichere Weise zu identifizieren ist. Nach Z 1 und 2 sind dafür zwei Verfahren möglich: Entweder die Identifizierung erfolgt anhand einer sicheren elektronischen Signatur des Kunden, die Zuverlässigkeit dieser Authentifizierung ist auf Grund der Vorschriften des Signaturgesetzes gewährleistet (eindeutige Zuordnung zum Signator, qualifiziertes Zertifikat, technische Sicherheitsvorkehrungen, Aufsicht über Zertifizierungsdiensteanbieter durch die Telekom-Kontrollkommission). Erfolgt die Identifizierung nicht durch eine sichere elektronische Signatur, so muss die rechtsgeschäftliche Erklärung des Kreditinstituts mit eingeschriebener Postzustellung übermittelt werden und es muss dem Institut eine Kopie des amtlichen Lichtbildausweises des Kunden (bzw. befugten Vertreters bei juristischen Personen) vor Vertragsabschluss zur Verfügung stehen. In beiden Fällen müssen alle Kundendaten vorliegen und dokumentiert werden.

Bei Ferngeschäften mit Kunden aus Drittländern muss zusätzlich eine Bankbestätigung über das Bestehen einer Geschäftsverbindung mit einem Kreditinstitut aus einem Staat mit angemessenem Anti-Geldwäschestandard vorliegen. Ferngeschäfte mit Kunden aus Nicht-Kooperationsstaaten (derzeit Nauru) sind unzulässig.

**Zu § 40 Abs. 9:**

Die Bestimmung setzt Art. 3 Abs. 9 Geldwäsche-RL (neue Fassung) um, wonach die Anwendung der Identifizierungsverfahren auf Kredit- und Finanzinstitute aus Mitgliedstaaten oder Staaten mit gleichwertigem Anti-Geldwäschestandard nicht erforderlich ist.

**Zu § 40 Abs. 10:**

Mit der Bestimmung wird die FATF-Sonderempfehlung Nr. VII. umgesetzt, wonach die Auftraggeberinformation auf jeder Stufe im Überweisungsverkehr und beim Geldtransfer erhalten bleiben muss. Siehe auch § 41 Abs. 1 Z 4.

**Zu § 41 Abs. 1 Z 3 und 4:**

Z 3 setzt die FATF-Sonderempfehlung Nr. IV. um. Danach ist eine Meldepflicht der Kredit- und Finanzinstitute bei Verdacht auf Terrorismus-Finanzierung geboten. Da bei der Terrorismus-Finanzierung – anders als bei der Geldwäsche – die finanzielle Mittel auch aus legalen Quellen stammen könnten, muss hierfür ein gesonderter Tatbestand geschaffen werden. Angeknüpft wird die Meldepflicht an den Verdacht auf das Vorliegen von Tatbeständen, die im StGB mit dem Strafrechtsänderungsgesetz neu geschaffen werden.

Z 4 dient der Umsetzung des zweiten Teils der FATF-Sonderempfehlung Nr. VII., wonach Maßnahmen für den Fall unvollständiger Auftraggeberinformationen (§ 40 Abs. 10) zu ergreifen sind. Es ist jedoch zu beachten, dass derzeit noch nicht alle Systeme auf eine lückenlose Auftraggeberinformation eingerichtet sind; damit eine Überflutung der Meldestelle mit Kleinbetragsmeldungen vermieden wird, wird eine Bagatellgrenze von 2000 € vorgesehen. Damit wird auch eine reibungslose Abwicklung des karitativen Spendenwesens im üblichen Rahmen ermöglicht.

**Zu § 41 Abs. 1 letzter Satz:**

Stellt im Interesse des reibungslosen Überweisungsverkehrs klar, dass eine unvollständige Auftraggeberinformation ohne sonstigen Verdacht, unbeschadet der Meldepflicht, nicht die Weiterleitung blockieren muss.

**Zu § 69 Z 5:**

Die Änderung steht im Zusammenhang mit den erweiterten Regelungen für Repräsentanten von ausländischen Kreditinstituten (§§ 70 Abs. 8 und 73 Abs. 2) und stellt grundsätzlich klar, dass die FMA auch für die Aufsicht über Repräsentanten zuständig ist.

**Zu § 70 Abs. 8:**

Repräsentanten von Kreditinstituten dürfen keine Bankgeschäfte betreiben, weshalb sie bisher nicht von der Aufsicht erfasst waren. Dies wird insofern geändert, als die FMA die Einhaltung der für Repräsentanten geltenden Vorschriften (im wesentlichen Anzeigepflichten) künftig überwachen soll und diesbezüglich auch Prüfungen durchführen kann. Dies gilt auch hinsichtlich der Kontrolle, ob die Repräsentanz keine konzessionspflichtigen Geschäfte durchführt. Aufgrund des im EWR geltenden Dienstleistungs- und Niederlassungsrechts müssen hierbei für Institute aus Mitgliedstaaten und aus Drittländern unterschiedliche Verfahren bei Aufsichtsmaßnahmen angewendet werden.

**Zu § 73 Abs. 2:**

Der neu gefasste Abs. 2 enthält einerseits erweiterte Anzeigepflichten für Repräsentanten, andererseits ein Untersuchungsrecht der FMA bei gravierenden Gesetzesverletzungen. Die Anzeigepflichten gemäß Z 1 bis 6 gelten

für alle Repräsentanzen, somit auch solche mit Sitz in Mitgliedstaaten; neu ist hierbei die Anzeige schon vor der Eröffnung (nicht erst ex post wie bisher). Repräsentanzen von Kreditinstituten aus Drittländern brauchen künftig eine Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde des Herkunftstaates, sie haben weiters zusätzliche Anzeigepflichten über das Kreditinstitut und die inländischen Aktivitäten zu erfüllen.

Die FMA hat den Betrieb einer Repräsentanz zu untersagen, wenn rechtswidrigerweise Bankgeschäfte getätigt werden, wenn die Eigentümer des Kreditinstitutes nicht zuverlässig im Sinne des § 20 sind oder wenn der Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung besteht.

### **Zu Art. II, Glücksspielgesetz**

Die Änderungen in den §§ 25 und 25a dienen der Umsetzung der EU-RL 97/2001/EG für Spielbanken, wobei die Ausnahmebestimmung des Art.3 Abs.5 der RL anwendbar ist, da die vom Bundesminister für Finanzen konzessionierten Spielbanken in Österreich einer strengen staatlichen Aufsicht unterliegen.

### **Zu Art. III, Kapitalmarktgesetz**

Die Änderungen dienen ausschließlich der Beseitigung von Redaktionsversehen in der früheren Fassung.

?? Textgegenüberstellung	
?? geltende Fassung:	?? vorgeschlagen:
<b>Artikel I, Bankwesengesetz</b>	
?? § 1 (1) ...	?? § 1 (1) ... ?? 21. der schaltermäßige Ankauf von Zahlungsmitteln (zB Geldsorten, Schecks, Reisekreditbriefen und Anweisungen) und der schaltermäßige Verkauf von Zahlungsmitteln sowie von Reiseschecks (Wechselstubengeschäft);
??	?? 22. die Übermittlung von Zahlungsmitteln vom Auftraggeber zum Empfänger, ausgenommen (Finanztransfergeschäft).
§ 1 (2) ... 2. Der schaltermäßige Ankauf von ausländischen Zahlungsmitteln (z.B. Geldsorten, Schecks, Reisekreditbriefen und Anweisungen) und der schaltermäßige Verkauf von ausländischen Geldsorten sowie von Reiseschecks (Wechselstubengeschäft);	§ 1 (2) ... ??
§ 1 (3) Kreditinstitute sind auch zur Durchführung der in Abs. 1 Z 19 und Abs. 2 genannten Tätigkeiten berechtigt,	§ 1 (3) Kreditinstitute sind auch zur Durchführung der in Abs. 1 Z 19 und Abs. 2 genannten Tätigkeiten berechtigt,
§ 3 (1) ... 9. Kreditinstitute, die keine Konzession zur Entgegennahme von gemäß § 93 Abs. 1 sicherungspflichtigen Einlagen haben und sich auf Grund ihrer Satzung ausschließlich fristenkongruent und nur im Zwischenbankverkehr refinanzieren.	§ 3 (1) ... ?? 9. Kreditinstitute, die keine Konzession zur Entgegennahme von gemäß § 93 Abs. 1 sicherungspflichtigen Einlagen haben und sich auf Grund ihrer Satzung ausschließlich fristenkongruent und nur im Zwischenbankverkehr refinanzieren.
§ 3 (1) ...	§ 3 (1) ... ?? 10. den Betrieb des Wechselverkehrs und des Finanztransfergeschäfts sowie die Durchführung der in Abs. 1 Z 5, 12 und 13, §§ 22 bis 24, 26 bis 28, 30 bis 32, 34 bis 36, 38 bis 40, 42 bis 44, 46 bis 48, 50 bis 52, 54 bis 56, 58 bis 60, 62 bis 64, 66 bis 68, 70 bis 72, 74 bis 76, 78 bis 80, 82 bis 84, 86 bis 88, 90 bis 92, 94 bis 96, 98 bis 100, 102 bis 104, 106 bis 108, 110 bis 112, 114 bis 116, 118 bis 120, 122 bis 124, 126 bis 128, 130 bis 132, 134 bis 136, 138 bis 140, 142 bis 144, 146 bis 148, 150 bis 152, 154 bis 156, 158 bis 160, 162 bis 164, 166 bis 168, 170 bis 172, 174 bis 176, 178 bis 180, 182 bis 184, 186 bis 188, 190 bis 192, 194 bis 196, 198 bis 200, 202 bis 204, 206 bis 208, 210 bis 212, 214 bis 216, 218 bis 220, 222 bis 224, 226 bis 228, 230 bis 232, 234 bis 236, 238 bis 240, 242 bis 244, 246 bis 248, 250 bis 252, 254 bis 256, 258 bis 260, 262 bis 264, 266 bis 268, 270 bis 272, 274 bis 276, 278 bis 280, 282 bis 284, 286 bis 288, 290 bis 292, 294 bis 296, 298 bis 300, 302 bis 304, 306 bis 308, 310 bis 312, 314 bis 316, 318 bis 320, 322 bis 324, 326 bis 328, 330 bis 332, 334 bis 336, 338 bis 340, 342 bis 344, 346 bis 348, 350 bis 352, 354 bis 356, 358 bis 360, 362 bis 364, 366 bis 368, 370 bis 372, 374 bis 376, 378 bis 380, 382 bis 384, 386 bis 388, 390 bis 392, 394 bis 396, 398 bis 400, 402 bis 404, 406 bis 408, 410 bis 412, 414 bis 416, 418 bis 420, 422 bis 424, 426 bis 428, 430 bis 432, 434 bis 436, 438 bis 440, 442 bis 444, 446 bis 448, 450 bis 452, 454 bis 456, 458 bis 460, 462 bis 464, 466 bis 468, 470 bis 472, 474 bis 476, 478 bis 480, 482 bis 484, 486 bis 488, 490 bis 492, 494 bis 496, 498 bis 500, 502 bis 504, 506 bis 508, 510 bis 512, 514 bis 516, 518 bis 520, 522 bis 524, 526 bis 528, 530 bis 532, 534 bis 536, 538 bis 540, 542 bis 544, 546 bis 548, 550 bis 552, 554 bis 556, 558 bis 560, 562 bis 564, 566 bis 568, 570 bis 572, 574 bis 576, 578 bis 580, 582 bis 584, 586 bis 588, 590 bis 592, 594 bis 596, 598 bis 600, 602 bis 604, 606 bis 608, 610 bis 612, 614 bis 616, 618 bis 620, 622 bis 624, 626 bis 628, 630 bis 632, 634 bis 636, 638 bis 640, 642 bis 644, 646 bis 648, 650 bis 652, 654 bis 656, 658 bis 660, 662 bis 664, 666 bis 668, 670 bis 672, 674 bis 676, 678 bis 680, 682 bis 684, 686 bis 688, 690 bis 692, 694 bis 696, 698 bis 700, 702 bis 704, 706 bis 708, 710 bis 712, 714 bis 716, 718 bis 720, 722 bis 724, 726 bis 728, 730 bis 732, 734 bis 736, 738 bis 740, 742 bis 744, 746 bis 748, 750 bis 752, 754 bis 756, 758 bis 760, 762 bis 764, 766 bis 768, 770 bis 772, 774 bis 776, 778 bis 780, 782 bis 784, 786 bis 788, 790 bis 792, 794 bis 796, 798 bis 800, 802 bis 804, 806 bis 808, 810 bis 812, 814 bis 816, 818 bis 820, 822 bis 824, 826 bis 828, 830 bis 832, 834 bis 836, 838 bis 840, 842 bis 844, 846 bis 848, 850 bis 852, 854 bis 856, 858 bis 860, 862 bis 864, 866 bis 868, 870 bis 872, 874 bis 876, 878 bis 880, 882 bis 884, 886 bis 888, 890 bis 892, 894 bis 896, 898 bis 900, 902 bis 904, 906 bis 908, 910 bis 912, 914 bis 916, 918 bis 920, 922 bis 924, 926 bis 928, 930 bis 932, 934 bis 936, 938 bis 940, 942 bis 944, 946 bis 948, 950 bis 952, 954 bis 956, 958 bis 960, 962 bis 964, 966 bis 968, 970 bis 972, 974 bis 976, 978 bis 980, 982 bis 984, 986 bis 988, 990 bis 992, 994 bis 996, 998 bis 1000, 1002 bis 1004, 1006 bis 1008, 1010 bis 1012, 1014 bis 1016, 1018 bis 1020, 1022 bis 1024, 1026 bis 1028, 1030 bis 1032, 1034 bis 1036, 1038 bis 1040, 1042 bis 1044, 1046 bis 1048, 1050 bis 1052, 1054 bis 1056, 1058 bis 1060, 1062 bis 1064, 1066 bis 1068, 1070 bis 1072, 1074 bis 1076, 1078 bis 1080, 1082 bis 1084, 1086 bis 1088, 1090 bis 1092, 1094 bis 1096, 1098 bis 1100, 1102 bis 1104, 1106 bis 1108, 1110 bis 1112, 1114 bis 1116, 1118 bis 1120, 1122 bis 1124, 1126 bis 1128, 1130 bis 1132, 1134 bis 1136, 1138 bis 1140, 1142 bis 1144, 1146 bis 1148, 1150 bis 1152, 1154 bis 1156, 1158 bis 1160, 1162 bis 1164, 1166 bis 1168, 1170 bis 1172, 1174 bis 1176, 1178 bis 1180, 1182 bis 1184, 1186 bis 1188, 1190 bis 1192, 1194 bis 1196, 1198 bis 1200, 1202 bis 1204, 1206 bis 1208, 1210 bis 1212, 1214 bis 1216, 1218 bis 1220, 1222 bis 1224, 1226 bis 1228, 1230 bis 1232, 1234 bis 1236, 1238 bis 1240, 1242 bis 1244, 1246 bis 1248, 1250 bis 1252, 1254 bis 1256, 1258 bis 1260, 1262 bis 1264, 1266 bis 1268, 1270 bis 1272, 1274 bis 1276, 1278 bis 1280, 1282 bis 1284, 1286 bis 1288, 1290 bis 1292, 1294 bis 1296, 1298 bis 1300, 1302 bis 1304, 1306 bis 1308, 1310 bis 1312, 1314 bis 1316, 1318 bis 1320, 1322 bis 1324, 1326 bis 1328, 1330 bis 1332, 1334 bis 1336, 1338 bis 1340, 1342 bis 1344, 1346 bis 1348, 1350 bis 1352, 1354 bis 1356, 1358 bis 1360, 1362 bis 1364, 1366 bis 1368, 1370 bis 1372, 1374 bis 1376, 1378 bis 1380, 1382 bis 1384, 1386 bis 1388, 1390 bis 1392, 1394 bis 1396, 1398 bis 1400, 1402 bis 1404, 1406 bis 1408, 1410 bis 1412, 1414 bis 1416, 1418 bis 1420, 1422 bis 1424, 1426 bis 1428, 1430 bis 1432, 1434 bis 1436, 1438 bis 1440, 1442 bis 1444, 1446 bis 1448, 1450 bis 1452, 1454 bis 1456, 1458 bis 1460, 1462 bis 1464, 1466 bis 1468, 1470 bis 1472, 1474 bis 1476, 1478 bis 1480, 1482 bis 1484, 1486 bis 1488, 1490 bis 1492, 1494 bis 1496, 1498 bis 1500, 1502 bis 1504, 1506 bis 1508, 1510 bis 1512, 1514 bis 1516, 1518 bis 1520, 1522 bis 1524, 1526 bis 1528, 1530 bis 1532, 1534 bis 1536, 1538 bis 1540, 1542 bis 1544, 1546 bis 1548, 1550 bis 1552, 1554 bis 1556, 1558 bis 1560, 1562 bis 1564, 1566 bis 1568, 1570 bis 1572, 1574 bis 1576, 1578 bis 1580, 1582 bis 1584, 1586 bis 1588, 1590 bis 1592, 1594 bis 1596, 1598 bis 1600, 1602 bis 1604, 1606 bis 1608, 1610 bis 1612, 1614 bis 1616, 1618 bis 1620, 1622 bis 1624, 1626 bis 1628, 1630 bis 1632, 1634 bis 1636, 1638 bis 1640, 1642 bis 1644, 1646 bis 1648, 1650 bis 1652, 1654 bis 1656, 1658 bis 1660, 1662 bis 1664, 1666 bis 1668, 1670 bis 1672, 1674 bis 1676, 1678 bis 1680, 1682 bis 1684, 1686 bis 1688, 1690 bis 1692, 1694 bis 1696, 1698 bis 1700, 1702 bis 1704, 1706 bis 1708, 1710 bis 1712, 1714 bis 1716, 1718 bis 1720, 1722 bis 1724, 1726 bis 1728, 1730 bis 1732, 1734 bis 1736, 1738 bis 1740, 1742 bis 1744, 1746 bis 1748, 1750 bis 1752, 1754 bis 1756, 1758 bis 1760, 1762 bis 1764, 1766 bis 1768, 1770 bis 1772, 1774 bis 1776, 1778 bis 1780, 1782 bis 1784, 1786 bis 1788, 1790 bis 1792, 1794 bis 1796, 1798 bis 1800, 1802 bis 1804, 1806 bis 1808, 1810 bis 1812, 1814 bis 1816, 1818 bis 1820, 1822 bis 1824, 1826 bis 1828, 1830 bis 1832, 1834 bis 1836, 1838 bis 1840, 1842 bis 1844, 1846 bis 1848, 1850 bis 1852, 1854 bis 1856, 1858 bis 1860, 1862 bis 1864, 1866 bis 1868, 1870 bis 1872, 1874 bis 1876, 1878 bis 1880, 1882 bis 1884, 1886 bis 1888, 1890 bis 1892, 1894 bis 1896, 1898 bis 1900, 1902 bis 1904, 1906 bis 1908, 1910 bis 1912, 1914 bis 1916, 1918 bis 1920, 1922 bis 1924, 1926 bis 1928, 1930 bis 1932, 1934 bis 1936, 1938 bis 1940, 1942 bis 1944, 1946 bis 1948, 1950 bis 1952, 1954 bis 1956, 1958 bis 1960, 1962 bis 1964, 1966 bis 1968, 1970 bis 1972, 1974 bis 1976, 1978 bis 1980, 1982 bis 1984, 1986 bis 1988, 1990 bis 1992, 1994 bis 1996, 1998 bis 2000, 2002 bis 2004, 2006 bis 2008, 2010 bis 2012, 2014 bis 2016, 2018 bis 2020, 2022 bis 2024, 2026 bis 2028, 2030 bis 2032, 2034 bis 2036, 2038 bis 2040, 2042 bis 2044, 2046 bis 2048, 2050 bis 2052, 2054 bis 2056, 2058 bis 2060, 2062 bis 2064, 2066 bis 2068, 2070 bis 2072, 2074 bis 2076, 2078 bis 2080, 2082 bis 2084, 2086 bis 2088, 2090 bis 2092, 2094 bis 2096, 2098 bis 2100, 2102 bis 2104, 2106 bis 2108, 2110 bis 2112, 2114 bis 2116, 2118 bis 2120, 2122 bis 2124, 2126 bis 2128, 2130 bis 2132, 2134 bis 2136, 2138 bis 2140, 2142 bis 2144, 2146 bis 2148, 2150 bis 2152, 2154 bis 2156, 2158 bis 2160, 2162 bis 2164, 2166 bis 2168, 2170 bis 2172, 2174 bis 2176, 2178 bis 2180, 2182 bis 2184, 2186 bis 2188, 2190 bis 2192, 2194 bis 2196, 2198 bis 2200, 2202 bis 2204, 2206 bis 2208, 2210 bis 2212, 2214 bis 2216, 2218 bis 2220, 2222 bis 2224, 2226 bis 2228, 2230 bis 2232, 2234 bis 2236, 2238 bis 2240, 2242 bis 2244, 2246 bis 2248, 2250 bis 2252, 2254 bis 2256, 2258 bis 2260, 2262 bis 2264, 2266 bis 2268, 2270 bis 2272, 2274 bis 2276, 2278 bis 2280, 2282 bis 2284, 2286 bis 2288, 2290 bis 2292, 2294 bis 2296, 2298 bis 2300, 2302 bis 2304, 2306 bis 2308, 2310 bis 2312, 2314 bis 2316, 2318 bis 2320, 2322 bis 2324, 2326 bis 2328, 2330 bis 2332, 2334 bis 2336, 2338 bis 2340, 2342 bis 2344, 2346 bis 2348, 2350 bis 2352, 2354 bis 2356, 2358 bis 2360, 2362 bis 2364, 2366 bis 2368, 2370 bis 2372, 2374 bis 2376, 2378 bis 2380, 2382 bis 2384, 2386 bis 2388, 2390 bis 2392, 2394 bis 2396, 2398 bis 2400, 2402 bis 2404, 2406 bis 2408, 2410 bis 2412, 2414 bis 2416, 2418 bis 2420, 2422 bis 2424, 2426 bis 2428, 2430 bis 2432, 2434 bis 2436, 2438 bis 2440, 2442 bis 2444, 2446 bis 2448, 2450 bis 2452, 2454 bis 2456, 2458 bis 2460, 2462 bis 2464, 2466 bis 2468, 2470 bis 2472, 2474 bis 2476, 2478 bis 2480, 2482 bis 2484, 2486 bis 2488, 2490 bis 2492, 2494 bis 2496, 2498 bis 2500, 2502 bis 2504, 2506 bis 2508, 2510 bis 2512, 2514 bis 2516, 2518 bis 2520, 2522 bis 2524, 2526 bis 2528, 2530 bis 2532, 2534 bis 2536, 2538 bis 2540, 2542 bis 2544, 2546 bis 2548, 2550 bis 2552, 2554 bis 2556, 2558 bis 2560, 2562 bis 2564, 2566 bis 2568, 2570 bis 2572, 2574 bis 2576, 2578 bis 2580, 2582 bis 2584, 2586 bis 2588, 2590 bis 2592, 2594 bis 2596, 2598 bis 2600, 2602 bis 2604, 2606 bis 2608, 2610 bis 2612, 2614 bis 2616, 2618 bis 2620, 2622 bis 2624, 2626 bis 2628, 2630 bis 2632, 2634 bis 2636, 2638 bis 2640, 2642 bis 2644, 2646 bis 2648, 2650 bis 2652, 2654 bis 2656, 2658 bis 2660, 2662 bis 2664, 2666 bis 2668, 2670 bis 2672, 2674 bis 2676, 2678 bis 2680, 2682 bis 2684, 2686 bis 2688, 2690 bis 2692, 2694 bis 2696, 2698 bis 2700, 2702 bis 2704, 2706 bis 2708, 2710 bis 2712, 2714 bis 2716, 2718 bis 2720, 2722 bis 2724, 2726 bis 2728, 2730 bis 2732, 2734 bis 2736, 2738 bis 2740, 2742 bis 2744, 2746 bis 2748, 2750 bis 2752, 2754 bis 2756, 2758 bis 2760, 2762 bis 2764, 2766 bis 2768, 2770 bis 2772, 2774 bis 2776, 2778 bis 2780, 2782 bis 2784, 2786 bis 2788, 2790 bis 2792, 2794 bis 2796, 2798 bis 2800, 2802 bis 2804, 2806 bis 2808, 2810 bis 2812, 2814 bis 2816, 2818 bis 2820, 2822 bis 2824, 2826 bis 2828, 2830 bis 2832, 2834 bis 2836, 2838 bis 2840, 2842 bis 2844, 2846 bis 2848, 2850 bis 2852, 2854 bis 2856, 2858 bis 2860, 2862 bis 2864, 2866 bis 2868, 2870 bis 2872, 2874 bis 2876, 2878 bis 2880, 2882 bis 2884, 2886 bis 2888, 2890 bis 2892, 2894 bis 2896, 2898 bis 2900, 2902 bis 2904, 2906 bis 2908, 2910 bis 2912, 2914 bis 2916, 2918 bis 2920, 2922 bis 2924, 2926 bis 2928, 2930 bis 2932, 2934 bis 2936, 2938 bis 2940, 2942 bis 2944, 2946 bis 2948, 2950 bis 2952, 2954 bis 2956, 2958 bis 2960, 2962 bis 2964, 2966 bis 2968, 2970 bis 2972, 2974 bis 2976, 2978 bis 2980, 2982 bis 2984, 2986 bis 2988, 2990 bis 2992, 2994 bis 2996, 2998 bis 3000, 3002 bis 3004, 3006 bis 3008, 3010 bis 3012, 3014 bis 3016, 3018 bis 3020, 3022 bis 3024, 3026 bis 3028, 3030 bis 3032, 3034 bis 3036, 3038 bis 3040, 3042 bis 3044, 3046 bis 3048, 3050 bis 3052, 3054 bis 3056, 3058 bis 3060, 3062 bis 3064, 3066 bis 3068, 3070 bis 3072, 3074 bis 3076, 3078 bis 3080, 3082 bis 3084, 3086 bis 3088, 3090 bis 3092, 3094 bis 3096, 3098 bis 3100, 3102 bis 3104, 3106 bis 3108, 3110 bis 3112, 3114 bis 3116, 3118 bis 3120, 3122 bis 3124, 3126 bis 3128, 3130 bis 3132, 3134 bis 3136, 3138 bis 3140, 3142 bis 3144, 3146 bis 3148, 3150 bis 3152, 3154 bis 3156, 3158 bis 3160, 3162 bis 3164, 3166 bis 3168, 3170 bis 3172, 3174 bis 3176, 3178 bis 3180, 3182 bis 3184, 3186 bis 3188, 3190 bis 3192, 3194 bis 3196, 3198 bis 3200, 3202 bis 3204, 3206 bis 3208, 3210 bis 3212, 3214 bis 3216, 3218 bis 3220, 3222 bis 3224, 3226 bis 3228, 3230 bis 3232, 3234 bis 3236, 3238 bis 3240, 3242 bis 3244, 3246 bis 3248, 3250 bis 3252, 3254 bis 3256, 3258 bis 3260, 3262 bis 3264, 3266 bis 3268, 3270 bis 3272, 3274 bis 3276, 3278 bis 3280, 3282 bis 3284, 3286 bis 3288, 3290 bis 3292, 3294 bis 3296, 3298 bis 3300, 3302 bis 3304, 3306 bis 3308, 3310 bis 3312, 3314 bis 3316, 3318 bis 3320, 3322 bis 3324, 3326 bis 3328, 3330 bis 3332, 3334 bis 3336, 3338 bis 3340, 3342 bis 3344, 3346 bis 3348, 3350 bis 3352, 3354 bis 3356, 3358 bis 3360, 3362 bis 3364, 3366 bis 3368, 3370 bis 3372, 3374 bis 3376, 3378 bis 3380, 3382 bis 3384, 3386 bis 3388, 3390 bis 3392, 3394 bis 3396, 3398 bis 3400, 3402 bis 3404, 3406 bis 3408, 3410 bis 3412, 3414 bis 3416, 3418 bis 3420, 3422 bis 3424, 3426 bis 3428, 3430 bis 3432, 3434 bis 3436, 3438 bis 3440, 3442 bis 3444, 3446 bis 3448, 3450 bis 3452, 3454 bis 3456, 3458 bis 3460, 3462 bis 3464, 3466 bis 3468, 3470 bis 3472, 3474 bis 3476, 3478 bis 3480, 3482 bis 3484, 3486 bis 3488, 3490 bis 3492, 3494 bis 3496, 3498 bis 3500, 3502 bis 3504, 3506 bis 3508, 3510 bis 3512, 3514 bis 3516, 3518 bis 3520, 3522 bis 3524, 3526 bis 3528, 3530 bis 3532, 3534 bis 3536, 3538 bis 3540, 3542 bis 3544, 3546 bis 3548, 3550 bis 3552, 3554 bis 3556, 3558 bis 3560, 3562 bis 3564, 3566 bis 3568, 3570 bis 3572, 3574 bis 3576, 3578 bis 3580, 3582 bis 3584, 3586 bis 3588, 3590 bis 3592, 3594 bis 3596, 3598 bis 3600, 3602 bis 3604, 3606 bis 3608, 3610 bis 3612, 3614 bis 3616, 3618 bis 3620, 3622 bis 3624, 3626 bis 3628, 3630 bis 3632, 3634 bis 3636, 3638 bis 3640, 3642 bis 3644, 3646 bis 3648, 3650 bis 3652, 3654 bis 3656, 3658 bis 3660, 3662 bis 3664, 3666 bis 3668, 3670 bis 3672, 3674 bis 3676, 3678 bis 3680, 3682 bis 3684, 3686 bis 3688, 3690 bis 3692, 3694 bis 3696, 3698 bis 3700, 3702 bis 3704, 3706 bis 3708, 3710 bis 3712, 3714 bis 3716, 3718 bis 3720, 3722 bis 3724, 3726 bis 3728, 3730 bis 3732, 3734 bis 3736, 3738 bis 3740, 3742 bis 3744, 3746 bis 3748, 3750 bis 3752, 3754 bis 3756, 3758 bis 3760, 3762 bis 3764, 3766 bis 3768, 3770 bis 3772, 3774 bis 3776, 3778 bis 3780, 3782 bis 3784, 3786 bis 3788, 3790 bis 3792, 3794 bis 3796, 3798 bis 3800, 3802 bis 3804, 3806 bis 3808, 3810 bis 3812, 3814 bis 3816, 3818 bis 3820, 3822 bis 3824, 3826 bis 3828, 3830 bis 3832, 3834 bis 3836, 3838 bis 3840, 3842 bis 3844, 3846 bis 3848, 3850 bis 3852, 3854 bis 3856, 3858 bis 3860, 3862 bis 3864, 3866 bis 3868, 3870 bis 3872, 3874 bis 3876, 3878 bis 3880, 3882 bis 3884, 3886 bis 3888, 3890 bis 3892, 3894 bis 3896, 3898 bis 3900, 3902 bis 3904, 3906 bis 3908, 3910 bis 3912, 3914 bis 3916, 3918 bis 3920, 3922 bis 3924, 3926 bis 3928, 3930 bis 3932, 3934 bis 3936, 3938 bis 3940, 3942 bis 3944, 3946 bis 3948, 3950 bis 3952, 3954 bis 3956, 3958 bis 3960, 3962 bis 3964, 3966 bis 3968, 3970 bis 3972, 3974 bis 3976, 3978 bis 3980, 3982 bis 3984, 3986 bis 3988, 3990 bis 3992, 3994 bis 3996, 3998 bis 4000, 4002 bis 4004, 4006 bis 4008, 4010 bis 4012, 4014 bis 4016, 4018 bis 4020, 4022 bis 4024, 4026 bis 4028, 4030 bis 4032, 4034 bis 4036, 4038 bis 4040, 4042 bis 4044, 4046 bis 4048, 4050 bis 4052, 4054 bis 4056, 4058 bis 4060, 4062 bis 4064, 4066 bis 4068, 4070 bis 4072, 4074 bis

?? Textgegenüberstellung	
?? geltende Fassung:	?? vorgeschlagene Fassung:
	des Täters selbst herrühren) oder zusammenhängen könnte.
<b>Geldwäscherei</b>	<b>Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung</b>
<b>§ 40. (1)</b> Die Kredit- und Finanzinstitute haben die Identität eines Kunden festzuhalten:	<b>§ 40. (1)</b> Die Kredit- und Finanzinstitute haben die Identität eines Kunden festzuhalten:
1. bei Anknüpfung einer dauernden Geschäftsbeziehung; Spareinlagengeschäfte nach § 31 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes und Geschäfte nach § 12 Depotgesetz gelten stets als dauernde Geschäftsbeziehung;“	?? 1. bei Anknüpfung einer dauernden Geschäftsbeziehung; Spareinlagengeschäfte nach § 31 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes und Geschäfte nach § 12 Depotgesetz gelten stets als dauernde Geschäftsbeziehung;“
2. bei allen nicht in den Rahmen einer dauernden Geschäftsbeziehung fallenden Transaktionen, deren Betrag sich auf mindestens „15 000 Euro oder Euro-Gegenwert“ beläuft, und zwar unabhängig davon, ob die Transaktion in einem einzigen Vorgang oder in mehreren Vorgängen, zwischen denen eine Verbindung offenkundig gegeben ist, getätigt wird; ist der Betrag zu Beginn der Transaktion nicht bekannt, so ist die Identität dann festzuhalten, sobald der Betrag bekannt ist und festgestellt wird, daß er mindestens „15 000 Euro oder Euro-Gegenwert“ beträgt;	?? 2. bei allen nicht in den Rahmen einer dauernden Geschäftsbeziehung fallenden Transaktionen, deren Betrag sich auf mindestens „15 000 Euro oder Euro-Gegenwert“ beläuft, und zwar unabhängig davon, ob die Transaktion in einem einzigen Vorgang oder in mehreren Vorgängen, zwischen denen eine Verbindung offenkundig gegeben ist, getätigt wird; ist der Betrag zu Beginn der Transaktion nicht bekannt, so ist die Identität dann festzuhalten, sobald der Betrag bekannt ist und festgestellt wird, daß er mindestens „15 000 Euro oder Euro-Gegenwert“ beträgt;
3. wenn der begründete Verdacht besteht, daß der Kunde objektiv an Transaktionen mitwirkt, die der Geldwäscherei (§ 165 - unter Einbeziehung von Vermögensbestandteilen, die aus einer strafbaren Handlung des Täters selbst herrühren - und § 278 a Abs. 2 StGB) dienen;“	?? 3. wenn der begründete Verdacht besteht, daß der Kunde objektiv an Transaktionen mitwirkt, die der Geldwäscherei (§ 165 StGB - unter Einbeziehung von Vermögensbestandteilen, die aus einer strafbaren Handlung des Täters selbst herrühren - und § 278 a Abs. 2 StGB) dienen;“
4. nach dem 31. Oktober 2000 bei jeder Einzahlung auf Spareinlagen und nach dem 30. Juni 2002 auch bei jeder Auszahlung von Spareinlagen, wenn der ein- oder auszuzahlende Betrag mindestens „15 000 Euro oder Euro-Gegenwert“ beträgt.	?? 4. nach dem 31. Oktober 2000 bei jeder Einzahlung auf Spareinlagen und nach dem 30. Juni 2002 auch bei jeder Auszahlung von Spareinlagen, wenn der ein- oder auszuzahlende Betrag mindestens „15 000 Euro oder Euro-Gegenwert“ beträgt.
	Die Identität eines Kunden ist durch Lichtbildausweises festzustellen. Als Lichtbildausweis gelten von einer staatlichen Behörde ausgestellt und nicht austauschbaren erkennbaren sind, und den Namen, das Geburtsdatum und die ausstellende Behörde enthalten. Die Identität ist auch von nicht eigenberechtigten natürlichen Personen oder von nicht eigenberechtigten natürlichen Personen festzustellen.

?? Textgegenüberstellung	
?? geltende Fassung:	?? vorgeschlagen:
	Lichtbildausweises festzustellen und geeigneter Bescheinigungen zu übermitteln. Wenn eine juristische Person hat anhand von Lichtbildausweisen, die gemäß dem am Sitz der juristischen Person verfügbar sind. Von den vorstehenden Bestimmungen gemäß Abs. 2, 8 und 9 abgewichen.
(2) Die Kredit- und Finanzinstitute haben den Kunden aufzufordern, bekanntzugeben, ob er die Geschäftsbeziehungen (Abs. 1 Z 1) oder die Transaktion (Abs. 1 Z 2) auf eigene oder fremde Rechnung betreiben will; dieser hat der Aufforderung zu entsprechen. Gibt der Kunde bekannt, daß er die Geschäftsbeziehungen (Abs. 1 Z 1) oder die Transaktion (Abs. 1 Z 2) auf fremde Rechnung betreiben will, so hat er dem Kredit- oder Finanzinstitut auch die Identität des Treugebers nachzuweisen.	(2) Die Kredit- und Finanzinstitute haben den Kunden aufzufordern, bekanntzugeben, ob er die Geschäftsbeziehungen (Abs. 1 Z 1) oder die Transaktion (Abs. 1 Z 2) auf eigene oder fremde Rechnung betreiben will; dieser hat der Aufforderung zu entsprechen. Gibt der Kunde bekannt, daß er die Geschäftsbeziehungen (Abs. 1 Z 1) oder die Transaktion (Abs. 1 Z 2) auf fremde Rechnung betreiben will, so hat er dem Kredit- oder Finanzinstitut auch die Identität des Treugebers nachzuweisen. Bei natürlichen Personen durch Vorlage von Lichtbildausweises des Treugebers oder durch beweiskräftige Urkunden oder durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Kreditinstitut abzugeben, dass er sich persönlich von der Identität des Treugebers über diesen Sinn sind Gerichte und sonstige Stellen, Rechtsanwälte und Kreditinstitute, im Wirkungsbereich, Sitz oder Wohnsitz. Bei Anderkonten von befugten Parlamenten im Gemeinschaftsgebiet, die der Richtlinie 2001/97/EG unterliegen, der Identität jedes einzelnen Treugebers nachzuweisen. folgenden Voraussetzungen unterliegen:
	?? 1. der Einzelnachweis ist erforderlich, wenn das Treuhandgeschäftes untunlich ist, wenn die Vertretung von größeren Mitstreitern oder wechselnder Zusammensetzung erforderlich ist.
	?? 2. der Treuhänder gibt eine schriftliche Erklärung ab, dass er die Identität des Treugebers entsprechend den Vorschriften der Richtlinie 2001/97/EG vorgenommen hat, dass er die Identität des Treugebers aufbewahrt und diese auf Anfrage vorlegt.

?? Textgegenüberstellung	
?? geltende Fassung:	?? vorgeschlagen:
	vorlegen wird; dies gilt nicht durchgeführte jeweilige Einz sich aus Anderkonten gegen ergebenden Forderung jewe ??
	?? 3. der Treuhänder überm Wochen nach Ablauf eines j vollständige Listen der jeder dies gilt nicht für Klienten, b jeweilige Einzeltransaktion c Anderkonten gegenüber der Forderung insgesamt 15.000
	?? 4. der Treugeber hat sein Nicht-Kooperationsstaat;
	?? 5. es besteht kein Geldw
	?? (8) Die Anknüpfung einer da Abs. 1 Z 1 oder Transaktion persönliches Erscheinen de Treuhänders nur für Zwecke und nur unter Einhaltung de (Ferngeschäfte):
	?? 1. Die rechtsgeschäftlich elektronisch an Hand einer s § 2 Z 3 Signaturgesetz, BGF der Fall, so muss die rechts Finanzinstitutes schriftlich m diejenige Kundenadresse al oder Sitz des Kunden angeg
	?? 2. Dem Kredit- oder Fina und Adresse, bei juristischer bekannt sein; bei juristischer Sitz der zentralen Verwaltun schriftliche Erklärung abzug amtlichen Lichtbildausweise

?? Textgegenüberstellung	
?? geltende Fassung:	?? vorgeschlagen:
	Vertreters oder bei juristisch Organs dem Kredit- oder Fin Vertragsabschlusses vorlieg elektronisch an Hand einer s abgeschlossen wird.
	?? 3. Der Kunde darf seinen Nicht-Kooperationsstaat hat außerhalb des EWR, so ist e anderen Kreditinstitutes, mit Geschäftsverbindung hat, d Sinne der Richtlinie 91/308/I 2001/97/EG identifiziert wur Geschäftsverbindung aufrec Kreditinstitut seinen Sitz in e Drittland den Anforderungen gleichwertige Anforderungen
	?? 4. Es darf kein Geldwäsch bestehen.
	(9) Ist der Kunde ein Kredit- oder F Richtlinie 91/308/EWG in der Fass oder welches in einem Drittland an: Richtlinie gleichwertige Anforderun zur Feststellung der Identität gemä
	(10) Die Kredit- und Finanzinstitute Übermittlungen von Geldbeträgen e Auftrags der Name, die Adresse un Auftraggebers festgestellt wird, unc Ausführung an das nächste Empfä die Informationen über den Auftrag oder Übermittlungskette festgestelli
<a href="#">§ 41. (1) Ergibt sich der begründete Verdacht,</a>	<a href="#">§ 41. (1) Ergibt sich der begründete</a>
<a href="#">1. daß eine bereits erfolgte, eine laufende oder eine bevorstehende Transaktion der Geldwäscherei dient, oder</a>	?? 1. daß eine bereits erfolg bevorstehende Transaktion
<a href="#">2. daß der Kunde der Verpflichtung zur Offenlegung von Treuhandbeziehungen gemäß § 40 Abs. 2 zuwidergehandelt hat,</a>	?? 2. daß der Kunde der Ve Treuhandbeziehungen gemä



?? Textgegenüberstellung	
?? geltende Fassung:	?? vorgeschlagen:
	oder
	?? 3. dass der Kunde einer der in § 278b StGB angeführt oder Terroristenfinanzierung ge
	?? 4. dass bei Überweisung Geldübermittlungen im Gegesatz von einem anderen Kredit- c wurden, die Auftraggeberinfr nicht vollständig enthalten is
so haben die Kredit- und Finanzinstitute die Behörde (§ 6 SPG) hievon unverzüglich in Kenntnis zu setzen und bis zur Klärung des Sachverhalts jede weitere Abwicklung der Transaktion zu unterlassen, es sei denn, daß die Gefahr besteht, daß die Verzögerung der Transaktion die Ermittlung des Sachverhalts erschwert oder verhindert. Im Zweifel dürfen Aufträge über Geldeingänge durchgeführt werden und sind Aufträge über Geldausgänge zu unterlassen. Die Kredit- und Finanzinstitute sind berechtigt, von der Behörde zu verlangen, daß diese entscheidet, ob gegen die unverzügliche Abwicklung einer Transaktion Bedenken bestehen; äußert sich die Behörde (§ 6 SPG) bis zum Ende des folgenden Bankarbeitstages nicht, so darf die Transaktion unverzüglich abgewickelt werden.	so haben die Kredit- und Finanzinstitute die Behörde (§ 6 SPG) hievon unverzüglich in Kenntnis zu setzen und bis zur Klärung des Sachverhalts jede weitere Abwicklung der Transaktion zu unterlassen, es sei denn, daß die Gefahr besteht, daß die Verzögerung der Transaktion die Ermittlung des Sachverhalts erschwert oder verhindert. Im Zweifel dürfen Aufträge über Geldeingänge durchgeführt werden und sind Aufträge über Geldausgänge zu unterlassen. Die Kredit- und Finanzinstitute sind berechtigt, von der Behörde zu verlangen, daß diese entscheidet, ob gegen die unverzügliche Abwicklung einer Transaktion Bedenken bestehen; äußert sich die Behörde (§ 6 SPG) bis zum Ende des folgenden Bankarbeitstages nicht, so darf die Transaktion unverzüglich abgewickelt werden. Handelt es sich um eine Auftraggeberinformation gemäß Z 4 des Anlageverzeichnisses, so darf die Transaktion abgewickelt werden, wenn kein Finanzierungsverdacht vorliegt, so darf die Transaktion abgewickelt werden, wenn keine Verurteilung der Behörde erfolgt.
<b>XIV. Aufsicht</b>	<b>XI. Aufsicht</b>
§ 69. Der Bundesminister für Finanzen hat die Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes, des Sparkassengesetzes, soweit nicht in erster Instanz der Landesoberbankbeamte zuständig ist, des Bausparkassengesetzes, der Einführungsverordnung zum Hypothekendarlehen - und zum Pfandbriefgesetz, des Hypothekendarlehensgesetzes, des Pfandbriefgesetzes, des Gesetzes betreffend die Wahrung der Rechte der Besitzer von Pfandbriefen, des Bankschuldenverschreibungsgesetzes, des Investmentfondsgesetzes, des Depotgesetzes, des Beteiligungsfondsgesetzes und des E-Geldgesetzes durch	§ 69. Der Bundesminister für Finanzen hat die Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes, des Sparkassengesetzes, soweit nicht in erster Instanz der Landesoberbankbeamte zuständig ist, des Bausparkassengesetzes, der Einführungsverordnung zum Hypothekendarlehen - und zum Pfandbriefgesetz, des Hypothekendarlehensgesetzes, des Pfandbriefgesetzes, des Gesetzes betreffend die Wahrung der Rechte der Besitzer von Pfandbriefen, des Bankschuldenverschreibungsgesetzes, des Investmentfondsgesetzes, des Depotgesetzes, des Beteiligungsfondsgesetzes und des E-Geldgesetzes durch
1. Kreditinstitute gemäß § 1 Abs. 1,	1. Kreditinstitute gemäß § 1 Abs. 1,
2. Kreditinstitute gemäß § 1 Abs. 1, die im Wege der Niederlassungs- oder der Dienstleistungsfreiheit in anderen Mitgliedstaaten tätig werden, nach Maßgabe des § 16 Abs. 1,	2. Kreditinstitute gemäß § 1 Abs. 1, die im Wege der Niederlassungs- oder der Dienstleistungsfreiheit in anderen Mitgliedstaaten tätig werden, nach Maßgabe des § 16 Abs. 1,
3. in einem Mitgliedstaat zugelassene Kreditinstitute im Sinne von Art. 1 erster Gedankenstrich der Richtlinie 77/780/EWG, die ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und im Wege der Niederlassungs- oder der Dienstleistungsfreiheit in Österreich tätig werden, nach Maßgabe des § 15 und	3. in einem Mitgliedstaat zugelassene Kreditinstitute im Sinne von Art. 1 erster Gedankenstrich der Richtlinie 77/780/EWG, die ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und im Wege der Niederlassungs- oder der Dienstleistungsfreiheit in Österreich tätig werden, nach Maßgabe des § 15 und
4. in einem Mitgliedstaat niedergelassene Finanzinstitute im Sinne von Art. 1 Z 6 der Richtlinie 89/646/EWG, die im Wege der Niederlassungs- oder der Dienstleistungsfreiheit in Österreich tätig werden, nach Maßgabe des § 17	4. in einem Mitgliedstaat niedergelassene Finanzinstitute im Sinne von Art. 1 Z 6 der Richtlinie 89/646/EWG, die im Wege der Niederlassungs- oder der Dienstleistungsfreiheit in Österreich tätig werden, nach Maßgabe des § 17
	5. Repräsentanten von Kreditinstituten in einem Drittland nach Maßgabe des § 18
zu überwachen und dabei auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen Bedacht zu nehmen.	zu überwachen und dabei auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen Bedacht zu nehmen.
§ 70 .....	§ 70 ..... (10) Die FMA kann bei Repräsentanten in einem Mitgliedstaat oder einem Drittland die notwendigen Informationen einholen und

?? Textgegenüberstellung	
?? geltende Fassung:	?? vorgeschlagen:
	Einhaltung der §§ 1 Abs. 1 und 73, zu Verletzung dieser Bestimmungen hat c
	1. bei Kreditinstituten gemäß c ergreifen,
	2. bei Kreditinstituten aus Dritt Maßnahmen zu ergreifen und zu informieren.
§ 73 (1) ...	§ 73 (1) ...
(2) Repräsentanzen haben binnen eines Monats der FMA anzuzeigen:	(2) Repräsentanzen haben binnen eine
	1. Den geplanten Zeitpunkt der
1. Ihre Eröffnung,	2. die tatsächlich erfolgte Eröffn
2. den oder die Leiter der Repräsentanz,	3. den oder die Leiter der Reprä
3. ihren Sitz,	4. ihren Sitz,
4. Änderungen der in Z 1 bis 3 genannten Umstände und	5. Änderungen der in Z 1 bis 3 g
5. ihre Schließung.	6. ihre Schließung.
§ 103. ....	§ 103. ....
1. (zu § 2 Z 5)	1. (zu § 1 Abs. 1 Z 20)
Vor Inkrafttreten des EWR-Abkommens gilt nur Österreich als Mitgliedstaat.	Berechtigungen zum Betrieb des Wec Kraft Tretens von § 1 Abs. 1 Z 21 i xxx/2002 auf Grund der GewO besta 2003.
2. (zu § 2 Z 8)	
Vor Inkrafttreten des EWR-Abkommens gelten alle Staaten außerhalb Österreichs als Drittländer.	
3. (zu § 2 Z 13)	
Vor Inkrafttreten des EWR-Abkommens gilt als ausländisches Kreditinstitut, wer außerhalb Österreichs nach den Vorschriften seines Sitzstaates berechtigt ist, Geschäfte nach § 1 Abs. 1 zu betreiben.	
4. (zu § 2 Z 14)	
Vor Inkrafttreten des EWR-Abkommens gilt als ausländisches Finanzinstitut, wer außerhalb Österreichs nach den Vorschriften seines Sitzstaates berechtigt ist, Geschäfte nach § 1 Abs. 2 zu betreiben.	
§ 107. ...	§ 107. ...
	(32) Das Inhaltsverzeichnis hinsichtlic und 22, der Entfall von § 1 Abs. 2 Z 2 Abschnitt, § 39 Abs. 3, die Überschrif 1, § 69 Z 3 bis 5, § 70 Abs. 8, § 73 Ab 4 in der Fassung des Bundesgesetzes E
<b>Artikel II, Glücksspielgesetz</b>	
	§ 25 (1) Der Besuch der Spielbank i Identität durch Vorlage eines amtliche amtlicher Lichtbildausweis in diese ausgestellte Dokumente, die mit einen betreffenden Person versehen sind, Unterschrift der Person sowie die aus hat die Identität des Besuchers und d dem diese Identität nachgewiesen w mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Dienstes oder mit Zustimmung der Spi
§ 25 (2) – (5) .....	§ 25 (2) – (5) .....
	(6) „(6) Ergibt sich der begründete Ve
	1.dass eine Transaktion des Besuchers
	2.dass der Kunde einer terroristischen

?? Textgegenüberstellung	
?? geltende Fassung:	?? vorgeschlagen:
	dass eine Transaktion des Besuchers gemäß § 278d StGB dient,
	so hat der Konzessionär unverzüglich diesen Fällen dürfen laufende Transaktionen abgewickelt werden. § 41 Abs. 1 letzter Satz BWG, BGBl. 532/1993 in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden, dass die dort für Kreditinstitute auf den den Konzessionär anzuwendenden Bestimmungen entsprechen.
	(7) Ergibt sich der begründete Verdacht, dass der Konzessionär in Verletzung der Treuepflichten handelt, so hat der Konzessionär die Einhaltung der Treuepflichten nachzuweisen. Kommt der Konzessionär der Einhaltung der Treuepflichten nicht nach, so ist der Besuch der Spielbank auszusetzen.
	<b>§ 25a.</b> Der Konzessionär hat geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhinderung von Geldwäsche vorzunehmen und diese zusammenhängend einzuführen. Weite Personals im Sinne des § 40 Abs. 4 Ziffer 1 des Bundesgesetzes vom 1. März 2002 (BGBl. I Nr. 22) anzuwenden.
	§ 59 (15) § 25 Abs. 1, 6 und 7 und § 59 (16) des Bundesgesetzes vom 1. März 2002 (BGBl. I Nr. 22) treten mit ... in Kraft
<b>Artikel III, Kapitalmarktgesetz</b>	
§ 12 (3) Die Meldestelle hat ferner	§ 12 (3) Die Meldestelle hat ferner
1. ....	1. ....
2. das Bundesministerium für Finanzen und die Oesterreichische Nationalbank regelmäßig über die wahrgenommenen Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt sowie unverzüglich aus besonderem Anlass zu unterrichten;	2. das Bundesministerium für Finanzen und die Oesterreichische Nationalbank regelmäßig über die wahrgenommenen Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt sowie unverzüglich aus besonderem Anlass zu unterrichten;
3. dem Bundesminister für Finanzen und der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf Daten bestehend auf Meldungen gemäß diesem Bundesgesetz und auf Grund dieses Bundesgesetzes erlassener Verordnungen zu ermöglichen.	3. der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank den jederzeitigen automationsunterstützten Zugriff auf Daten bestehend auf Meldungen gemäß diesem Bundesgesetz und auf Grund dieses Bundesgesetzes erlassener Verordnungen zu ermöglichen.
	§ 19 (10) § 12 Abs. 3 Ziffer 2 und 3 des Bundesgesetzes vom 1. März 2002 (BGBl. I Nr. 22) tritt mit ... in Kraft.